



Informationsschreiben zum Datenschutz gemäß §§ 14 und 15 KDG (Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz) für Bewohner (Eingliederungshilfe) der Stiftung Die Gute Hand

Sie haben bzw. Ihre vertretungsberechtigte Person hat mit einer der Einrichtungen der Stiftung Die Gute Hand einen Betreuungsvertrag gemäß Wohn- und Teilhabegesetz und Bundesteilhabegesetz abgeschlossen. Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben hat einen großen Stellenwert in unserer Stiftung. Besonders der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein wichtiges Anliegen. Für den Betreuungsvertrag ist es erforderlich, dass wir die „personenbezogenen Daten“ von Ihnen „verarbeiten“.

Mit diesem Informationsschreiben möchten wir, die Stiftung Die Gute Hand, Sie über die „Verarbeitung“ Ihrer „personenbezogenen Daten“ aufklären: Welche Daten werden verarbeitet, an wen werden sie weitergeleitet und wann werden sie gelöscht. Zusätzlich informieren wir Sie über Ihre Rechte aus dem Datenschutzgesetz.

Die Stiftung Die Gute Hand verarbeitet personenbezogene Daten gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über den Kirchlichen Datenschutz (kurz: KDG).

1. Kontaktdaten für datenschutzrechtliche Angelegenheiten

Ansprechpartner innerhalb der Stiftung Die Gute Hand sind:

Verantwortlicher im Sinne des KDG ist:

Stiftung Die Gute Hand
Christoph Ahlborn, Vorstandsvorsitzender und Pädagogische Leitung
Jahnstr. 31
51515 Kürten
Telefon: 02207 708-0
E-Mail: stiftung@die-gute-hand.de

Betriebliche Datenschutzbeauftragte der Stiftung Die Gute Hand ist:

Stiftung Die Gute Hand
Jenny Paul
Jahnstr. 31
51515 Kürten
Telefon: 02207 708-153
E-Mail: datenschutz@die-gute-hand.de

2. Zu welchem Zweck werden welche personenbezogenen Daten verarbeitet?

Die Einrichtung der Stiftung Die Gute Hand, mit der Sie bzw. Ihre vertretungsberechtigte Person einen Vertrag gemäß Wohn- und Teilhabegesetz und Bundesteilhabegesetz abgeschlossen haben/hat – *hier: Betreuungsvertrag für das Betreute Wohnen im Rahmen der §§ 113, 78 SGB IX bzw. Vertrag für Besondere Wohnformen in der Eingliederungshilfe nach § 134 SGB IX* – verarbeitet die Daten, die Sie bzw. Ihre vertretungsberechtigte Person uns im Zusammenhang mit Ihrem Vertrag mitgeteilt haben. Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten wir zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Betreuungsvertrag, aufgrund Ihrer Einwilligung und aufgrund gesetzlicher Vorgaben, insbesondere nach dem SGB IX.

Darüber hinaus gelten folgende gesetzliche Grundlagen: § 6 KDG, insbesondere § 6 (1) lit. c) [*Verarbeitung für die Erfüllung eines Vertrages*] i. V. m. § 11 (2) lit. h) und (3) und § 6 (1) lit. d) [*Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung*] KDG, § 6 (1) lit. b) [*Einwilligung*] sowie § 67a SGB X [*Erhebung von Sozialdaten*]. Danach ist die Verarbeitung der Daten zulässig, die im Zusammenhang mit dem Betreuungsvertrag stehen.

Folgende Daten(-kategorien) werden im Rahmen des Vertrages gemäß gesetzlicher Bestimmungen verarbeitet:

- Stammdaten und Informationen zur Person:
Name, Vorname, Anschrift, Kontaktdaten, Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Konfession, Ausweisdokumente, Interessen/Präferenzen, Foto, Daten zu Bildung und Arbeit [Schule, ggf. Ausbildung und bisherige Berufstätigkeit], behördliche Daten [Aufenthaltsstatus], Gesundheitsdaten: Medizinische Daten, Biografische Daten, Prozessdaten (Tages-/Entwicklungsdokumentation, Förderpläne etc.)
- Angaben zu/r vertretungsberechtigten Person/en:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Kontaktdaten

Grundsätzlich:

- Abrechnungsdaten
- Kontaktdaten für den Notfall
- Daten von behandelnden Ärzten
- Alle weiteren amtlichen Unterlagen in Bezug auf die Ermächtigung zur Teilhabe (z. B. Anträge und Dokumentationen bei besonderem Förderbedarf)

Anlassbezogen:

- Schweigepflichtentbindungen
- Planung und Dokumentation der Betreuungsmaßnahmen
- Dokumentation freiheitsentziehender Maßnahmen/Genehmigung
- Nachweise bzgl. der vertretungsberechtigten Person (rechtliche Betreuung, Bevollmächtigte/r oder Betreuungsverfügung)
- Einverständniserklärungen bei medizinisch indizierter Medikamentenvergabe und die damit zusammenhängenden ärztlichen Dokumente
- Dokumente/Anträge/Diagnostik in Zusammenhang mit der Beantragung zusätzlicher Mittel aufgrund von (drohender) Behinderung
- Einträge in das Verbandsbuch bei Unfällen
- Dokumentation von Beschwerden

Zur Erfüllung unseres Auftrages ist es erforderlich, dass wir die dafür nötigen personenbezogenen Daten erheben. Dabei unterliegen wir dem Sozialgeheimnis gemäß § 35 SGB I.

3. Rechtsvorschriften aufgrund derer wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten

- Sozialgesetzbücher (SGB)
- Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz (KDG)
- Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG NRW) inkl. WTG (DVO) NRW
- Bundesteilhabegesetz (BTHG)
- Infektionsschutzgesetz (IfSG)
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)
- Steuergesetze (u. a. Abgabenordnung [AO])
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
- Handelsgesetzbuch (HGB)

Die Angaben schließen jeweils die zugehörigen und anzuwendenden Rechts- bzw. Durchführungsverordnungen und evtl. Verwaltungsvorschriften ein.

4. An wen werden die Daten weitergeleitet?

Ihre Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und nur den Personen innerhalb der Stiftung zugänglich gemacht, die unmittelbar mit der Betreuung und Verwaltung des Vertrages (z. B. zu Abrechnungszwecken) beauftragt sind. Wir übermitteln Daten nur an Dritte, wenn Sie eingewilligt haben oder dies zwingend erforderlich ist und eine Rechtsgrundlage besteht. Das Gebot der Datensparsamkeit wird hierbei eingehalten. Ferner arbeiten wir mit (IT-)Dienstleistern zusammen, die die erforderlichen Programme für unsere Verwaltung zur Verfügung stellen. Mit diesen Firmen schließen wir Auftragsdatenverarbeitungsverträge nach dem Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz (§ 29 KDG). Details zu unseren Auftragsverarbeitern können Sie bei unserer betrieblichen Datenschutzbeauftragten erfragen.

Insbesondere Gesundheitsdaten unterliegen der Geheimhaltungspflicht und dürfen ohne Einwilligung ausschließlich auf Grundlage eines Gesetzes, das die Übermittlung an Dritte gestattet, weitergegeben oder eingesehen werden. An folgende Stellen können anlassbezogen und gemäß gesetzlicher Bestimmungen Daten weitergegeben werden:

- Krankenkassen: Zu Abrechnungszwecken von Leistungen gemäß §§ 284, 302 SGB V
- Pflegekassen: Zu Abrechnungszwecken von Leistungen gemäß §§ 93, 94, 104, 105 SGB XI
- Für Abrechnungsprüfungen werden Daten durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, dem Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung oder von den Landesverbänden der Pflegekassen bestellte Sachverständige (§§ 276, 284 SGB V, §§ 93, 97, 97a, 114 SGB XI) eingesehen und falls erforderlich an diese übermittelt.



- Sozialhilfeträger (nur bei Sozialhilfeempfängern): Zu Abrechnungszwecken von Leistungen gemäß §§ 67 ff. SGB X und § 11 (2) lit. h) sowie (3) KDG
- Sozialamt: Leistungen der Sozialhilfe gemäß SGB XII
- Heimaufsicht/WTG-Behörde: Zur Prüfung des ordnungsgemäßen Betriebs der Einrichtung gemäß § 14 WTG NRW i. V. m. § 24 WTG (DVO) NR
- Örtliches Gesundheitsamt: Auf Grundlage der Meldepflicht nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) aus § 34 (6) IfSG
- Unfallversicherung des Trägers: Bei Unfallanzeige
- Arbeitgeber
- Örtliche Kommune/Stadt: Wohnungsgeberbestätigung
- Ärzte, Therapeuten, Kliniken
- Präventionsfachkräfte
- Fall- und Fachberater

Ihre Daten werden ausschließlich innerhalb der EU verarbeitet. Eine Übermittlung von Daten in ein Drittland erfolgt nicht.

5. Wie lange werden die Daten verarbeitet bzw. gespeichert?

Wir verarbeiten die oben genannten personenbezogenen Daten von Ihnen solange dies für die Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten für den Vertrag erforderlich ist. Personenbezogene Daten werden gelöscht, sobald eine Speicherung nicht mehr erforderlich ist und wenn keine gesetzliche Aufbewahrungsfrist existiert. Nach Beendigung des Betreuungsvertrages können wir darüber hinaus die Daten weiterhin speichern, soweit dies im Rahmen der Aufarbeitung sowie zur Verteidigung gegen mögliche Rechtsansprüche erforderlich ist (i. d.R. 30 Jahre nach Beendigung des Vertrages; gemäß § 35 SGB I [Sozialgeheimnis], §§ 61 ff. SGB VIII [Schutz von Sozialdaten], §§ 67 ff. und § 84 SGB X [Verarbeitung von Sozialdaten] sowie § 197 BGB [Dreißigjährige Verjährungsfrist] und § 19 KDG [Recht auf Löschung]).

6. Profiling

Ein Profiling findet nicht statt.

7. Ihre Rechte als Betroffene/r

Im Gesetz zum Kirchlichen Datenschutz sind verschiedene Rechte aufgelistet, von denen Sie Gebrauch machen können. Diese sind unter anderem:

- **Recht auf Auskunft (§ 17 KDG)**

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

- **Recht auf Berichtigung (§ 18 KDG)**

Sollten die Sie betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen (sofern es im Zuständigkeitsbereich des Verantwortlichen liegt). Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

- **Recht auf Löschung (§ 19 KDG)**

Sie können unter bestimmten Voraussetzungen die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten noch von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben benötigt werden.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (§ 20 KDG)**

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Dazu müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, z. B. die Klärung, ob ein Widerspruch gegen die Erlaubnis der Verarbeitung, die Sie erteilt haben, rechtens ist.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit (§ 22 KDG)**

Sie haben das Recht, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.



- **Recht auf Widerspruch (§ 23 KDG)**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgekommen werden, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes (öffentliches) Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

- **Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (§ 48 KDG)**

Wenn Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen werden kann, haben Sie das Recht Beschwerde einzulegen. Die für Stiftung zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Katholisches Datenschutzzentrum
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Brackeler Hellweg 144
44309 Dortmund
Telefon: 0231 13 89 85-0
Fax: 0231 13 89 85-22
E-Mail: info@kdsz.de
www.katholisches-datenschutzzentrum.de

Stiftung Die Gute Hand
Juni 2022